

# NEURIEDER SPECHT



Juli 2013  
35. Jahrgang

## Die Zeitung der Neurieder SPD

Seite 1: SPD nominiert Harald Zipfel zum  
Bürgermeisterkandidaten

Seite 3: Wohnen als (Grund)Recht

Seite 4: Neue Mehrzweckhalle - 2015!  
In Zukunft mit Schulden leben

Seite 5: Gestaltung der Ortsmitte  
Bürgerfreundlichere Eintragungs-  
zeiten bei Volksbegehren

Seite 6: Verzicht auf Laubbläser  
Ergänzung des Landschafts-  
schutzgebietes

Seite 7: Ringschluss für Buslinie 261  
Eindrücke einer neuen  
Gemeinderätin

Seite 8: Kandidatin für den Bundestag:  
Bela Bach

Seite 9: Kandidatin für den Landtag:  
Natascha Kohnen

Seite 10: Behindertenbeirat des Land-  
kreises gegründet  
Tipp: Infobroschüre  
Impressum

## SPD Neuried ernennt Harald Zipfel einstimmig zum Bürgermeisterkandidaten

**Die Kandidatur des Energieexperten Harald Zipfel verspricht einen spannenden Wahlkampf um das  
Bürgermeisteramt in Neuried.**

Die SPD Neuried nominierte geschlossen ihren Bürgermeisterkandidaten für die Wahlen im März 2014. Ortsvereinsvorsitzende und Gemeinderätin Mechthild von der Mülbe freute sich sichtlich, Dipl. Ing. Harald Zipfel für die Kandidatur gewonnen zu haben: „Mit Harald Zipfel haben wir einen starken Kandidaten für das Bürgermeisteramt. Neuried braucht dringend einen kompetenten, strategisch denkenden Bürgermeister. Viele wichtige Baustellen für unsere Gemeinde liegen brach oder es wird nur unsystematisch vorangestolpert. Harald Zipfel hat die richtigen Ideen.“

„Ich habe mir die Entscheidung für die Kandidatur nicht leicht gemacht und mir erst einmal eine Woche Bedenkzeit erbeten. Denn eigentlich bin ich beruflich, ehrenamtlich und familiär ganz gut ausgelastet.“, räumte Harald Zipfel ein. „Aber natürlich habe ich mich auch sehr

über die Anfrage und das Vertrauen des gesamten SPD-Vorstands gefreut.

Ausschlaggebend für meine Entscheidung zu kandidieren war, dass mich diese aussichtsreiche Chance, Neuried voranzubringen, hier vor Ort Zukunft aktiv mit zu gestalten, sehr reizt. Mit der Unterstützung des gesamten SPD-Teams starte ich jetzt mit aller Kraft und Zuversicht. Es besteht die reale



Chance auf einen Wechsel für Neuried. Diese Chance möchten wir nutzen, zumal die Aufgaben für Neuried eher größer als kleiner werden.“

### **Reelle Chance auf einen Wechsel für Neuried**

Der 52 Jahre alte, selbständige Umweltingenieur setzt sich dann auch gleich konkrete Ziele: „Neuried hat große Potentiale. Seit nunmehr 20 Jahren lebe ich sehr gerne hier. Aber der Siedlungs- und Verkehrsdruck wird immer größer. Das kann man nicht einfach ignorieren. Um die Lebensqualität in Neuried bei sich ändernden Rahmenbedingungen zu erhalten, braucht es klare zukunftsorientierte Konzepte. Da kann man nicht einfach immer weiter vor sich hin wursteln. Unser Heimatort ist viel mehr als eine Durchfahrtschneise für Berufspendler. Wie aber kann ein weitsichtiges Verkehrskonzept für Neuried und seine Bürger

aussehen? Ein erster Schritt wäre, Gefahrenpotentiale für schwächere Verkehrsteilnehmer wie Kinder und Senioren ausfindig zu machen und zu entschärfen. Ein weiterer ist sicherlich die Umgestaltung der Ortsmitte mit Augenmaß und unter Einbeziehung der ansässigen Geschäfte.“ Langfristig müsse aber, so Zipfel, die Idee der Stadt-Umland-Bahn aufleben, der Rückbau der Planegger/Forstenrieder Str. endlich in Angriff genommen und dort nachts eine Tempo 30 Zone eingerichtet werden.

Auch bei der Ansiedlung oder beim Erhalt ansässiger Unternehmen in Neuried kann Zipfel keine Systematik erkennen, dabei wäre das in Anbetracht der Haushaltslage dringend erforderlich. In keiner Würmtalgemeinde sind die Gewerbesteuererinnahmen so niedrig wie in Neuried.

*[weiter auf Seite 2](#)*

### Neues Engagement in der Gewerbesteuerpolitik

Das müsse sich ändern, damit die Gemeinde weiterhin ihren Verpflichtungen, wie z. B. der Kinderbetreuung, nachkommen könne und ein Handlungsspielraum für Weiterentwicklung des Ortes bliebe. Eine der größten Aufgaben in diesem Bereich sieht Zipfel darin, ein tragbares Konzept für das nun schon jahrelang brachliegende „Hettlage“-Grundstück zu erarbeiten. Das ginge nur gemeinsam, mit den Anwohnern und dem Grundstückseigentümer, so seine Überzeugung: „Ich stehe in der verfahrenen Situation dort für einen Neuanfang. Auf der einen Seite braucht Neuried Gewerbesteuerentnahmen, andererseits darf der Wohnwert für die Anwohner nicht sinken und für den Unternehmer muss es sich letztlich auszahlen, in Neuried zu investieren.“ Diese Interessenslagen gelte es in offenen Gesprächen optimal zu kombinieren. „Die Ruine am Ortseingang darf kein Dauerzustand werden, weil die Gesprächspartner nicht mehr miteinander reden wollen. Meine Erfahrung mit größeren Projekten ist die, dass immer dann Akzeptanz auch bei den Anwohnern erreicht werden kann, wenn ihre Anliegen ernsthaft und gleichberechtigt berücksichtigt werden.“, so Zipfel zuversichtlich.

Richtig ungeduldig wird Zipfel, wenn er auf die Versäumnisse der letzten Jahre im Bereich Ortsentwicklungsplanung und

Energiewende zu sprechen kommt. Es sei völlig unbegreiflich, dass eine Gemeinde über Jahre hinweg Liegenschaften wie Kindergärten, Schule, Jugendhaus und Feuerwehrhaus baut und Neubaugebiete ausweist, ohne vorab ein stimmiges Energiekonzept zu entwickeln.

### Versäumnisse in der Energieplanung

„Die Energiekosten werden auch künftig weiter steigen. Daher ist es aus Sicht auf den Haushalt unverantwortlich, gemeindliche Liegenschaften nur nach den gesetzlich vorgeschriebenen energetischen Mindestanforderungen zu bauen und hier und da mit ein wenig Fotovoltaik aufzuhübschen.“ Kurzfristig Kosten beim Neubau von Gebäuden einzusparen verschönere zwar den aktuellen Haushalt, belaste diesen aber langfristig in wesentlich höherem Umfang. Eine Milchmädchenrechnung also. Die neue Mehrzweckhalle darf sich nicht in die Liste der Versäumnisse einreihen. Hier muss von vornherein ein Plusenergie-Standard eingehalten werden.

Zipfels energiepolitisches Ziel ist, Neuried langfristig von Energiekosten zu entlasten und bis 2020 sogar zur Energieautarkie zu führen. „Ich weiß, das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, aber wir sollten es uns setzen, zum Schutz unseres Lebensumfeldes, zum Schutz des Klimas und für die Zukunft unserer Kinder.“ Seine Zwischen-

ziele auf diesem Weg sind: Eine bessere Strukturierung und Abstimmung der gemeindlichen Förderprogramme, mehr Energieeffizienz bei den gemeindlichen Liegenschaften, den Aufstieg Neurieds in die Solarbundesliga und die Wiederaufnahme bzw. Intensivierung der Kontakte zum Regionalwerk Würmtal.

Ruhiger und leiser wird Harald Zipfel, wenn er von seinem im letzten Jahr verstorbenen Vater erzählt. „Die intensive Betreuung meines Vaters, besonders in seinem letzten Lebensjahr, hat mir gezeigt, wie wichtig die externe Unterstützung von Angehörigen in einer solchen Situation ist. Genauso wichtig ist die Teilhabe am öffentlichen Leben für den Erkrankten, solange es nur geht. Und da sind wir dann bei der barrierefreien Gestaltung des öffentlichen Raums.“ Dies müsse für Neubauten, wie die neue Mehrzweckhalle eine Selbstverständlichkeit sein. „Noch scheint Neuried voller Kinder und junger Familien. Darüber sind die Bedürfnisse von älteren Menschen zunehmend in Vergessenheit geraten. Das muss nachgeholt werden, wir müssen die richtigen Weichen stellen, damit ältere und behinderte

Menschen nicht gezwungen sind ihre Heimat zu verlassen, sei es aus Kostengründen oder aufgrund fehlender Grundversorgung. Dazu gehört auch eine gute Anbindung an das Palliativnetz oder die Einrichtung einer Senioren-Begegnungsstätte.“ Welche Schritte am Dringlichsten sind, gelte es z.B. durch einen Seniorenbeirat zu erarbeiten.

### Mehr Bürgerbeteiligung

Zipfel setzt überhaupt auf mehr Beteiligung an gemeindlichen Entscheidungsprozessen: „Ich möchte ein Bürgermeister für alle Bewohner Neurieds sein, egal welcher Altersstufe. Die Bewohner ebenso wie die Neurieder Unternehmer, sehe ich als Experten in eigener Sache. Ich freue mich daher auf ihre Anregungen, Visionen und Wünsche. Schon bald können Sie mich in meinen monatlichen Bürgersprechstunden persönlich kennen lernen und mit mir diskutieren.“

### Kontakt:



[harald.zipfel@spd-neuried.de](mailto:harald.zipfel@spd-neuried.de)



089 - 74 52 98 51

### ZUR PERSON

Dipl. Ing. Harald Zipfel ist 52 Jahre und lebt seit 20 Jahren in Neuried. Er ist verheiratet und Vater von zwei Kindern. Nach seinem Abitur schloss er zunächst eine Ausbildung als Zahntechniker ab. Anschließend studierte er zwei Semester Stadtplanung in Kassel und wechselte dann zum Studium des Technischen Umweltschutzes an die TU Berlin. Als Ingenieur war er zunächst bei der Ingenieurgesellschaft Witzgenhausen, Büro München tätig. Es folgten 5 Jahre im Umweltamt der Gemeinde Püllach. Zuständig war er dort für die energetische Betreuung der gemeindlichen Liegenschaften und die Entwicklung und Umsetzung des Tiefen-Geothermie-Projektes. Mit dem

Ingenieurbüro ecotopia ist er seit 1999 selbständig. Er hat 40 Bürgersolaranlagen im Raum München entwickelt und betreut diese, 24 von ihnen als Geschäftsführer. Er ist Solarteur, Energieberater für Gemeinden, Unternehmen und private Haushalte sowie Sachverständiger für PV-Anlagen und Luftdichtheit von Gebäuden. Ehrenamtlich engagiert er sich bei der Agenda 21 im Würmtal, den Vereinen Würmtaler Innovativer Energien e.V. (WIE), Bayern Energie e.V., ERGON e.V., beim BWE e.V., Mobil-ohne-Fossil e.V., dem Wirtschaftsclub Neuried, der Energiewende Landkreis Starnberg e.V. und der Bürgerenergiegenossenschaft BENG. Bereits seit 1985 ist er Mitglied der SPD. Außerdem ist er begeisterter Fan seiner Fußballkinder beim TSV.

## Entspannen in angenehmer Atmosphäre



**Bio-Kosmetik**  
FACHKOSMETIKERIN

*Ursula Glatz*

Anwendung und Verkauf von  
biologischen  
Kosmetik-Produkten

medizinische Fußpflege

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Tel. **74 575 866**

Veith-Lutz-Str. 4, 82061 Neuried

Parkplatz vorhanden



**Dr. R.A.  
Eckstein**  
BioKosmetik

# Wohnen als (Grund)Recht

**Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper und die Mieten steigen. Die Politik ist hier auf allen Ebenen gefordert.**

Besonders in Ballungsraumgebieten wie dem Landkreis und der Stadt München wird die Suche nach Wohnraum immer mehr zum Problem. Je attraktiver der Standort, desto angespannter ist der Wohnungsmarkt. Mietpreise werden immer öfter existenzgefährdend. Mit unterschiedlichen Gesetzesvorhaben versucht die Politik, in den freien Markt einzugreifen.

Die Forderung, das Recht auf Wohnen in das Grundgesetz aufzunehmen, wird politisch kontrovers diskutiert. Nicht weil eine grundrechtliche Regelung abzulehnen wäre, sondern weil die Grundversorgung mit Wohnen und Obdach bereits in den sozialstaatlichen Zielen beinhaltet ist. Für die SPD hängen Wohnen und Menschenwürde untrennbar zusammen; die existenzielle Bedeutung ist unumstritten und auch in der bayerischen Verfassung ist das Recht jedes Bewohners Bayerns auf eine angemessene Wohnung verankert.

**Recht allein genügt jedoch nicht und löst auch nicht die Probleme.**

Der Erlass von Verordnungen für Gebiete mit gefährdeter Wohnungsverorgung ist eine Möglichkeit, MieterInnen vor Umwandlungs- bzw. Veräußerungsspekulation zu schützen. Neuried ist im Landkreis Mün-



*Auch die Mieter der DEWAG- Wohnungen im Haderner Winkel werden durch die WoGeV besser vor Umwandlung und Mieterhöhungen geschützt.*

chen derzeit eine der Gemeinden, für die die Wohnungsgebieteverordnung (WoGeV) gilt. Anfang 2000 gehörte Neuried zum betroffenen Gebiet, 2007 nicht mehr, 2012 erneut. Obwohl das Problem, im Münchner Süden eine angemessene Wohnung zu finden, nicht an der Gemeindegrenze aufhört, gehört derzeit seltsamerweise Gräfelfing dazu, Planegg jedoch nicht.

**Wie aber kann dieses Auf und Ab erklärt werden? Was hat sich in Neuried in den letzten 10 Jahren verändert?**

Mit Hilfe des Neurieder Grunderwerbsmodells war es in der Zeit von ca. 1998 - 2006 gelungen, viel Wohnungsbau in der Gemeinde zu verwirklichen. Allerdings gab es auch in dieser

Zeit kaum Bauträger, die Wohnungen zur Vermietung in größerem Ausmaß auf den Markt brachten. Das Gros wurde von Beginn an als Eigentumswohnungen oder Häuser verkauft. Ein in den letzten Jahren unterschiedlich hohes Schutzniveau im Sinne der WoGeV lässt sich dadurch nicht erklären.

**Neurieder Mieter sind wieder besser geschützt.**

Die Neurieder SPD begrüßt die Wiederaufnahme Neurieds in die Wohnungsgebieteverordnung sehr. Mieterinnen und Mieter erhalten dadurch einen höheren Schutz vor Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Auch und besonders für die großen Wohnanlagen, die bereits seit den 70-iger und 80-iger Jahren vielen NeuriederInnen bezahlbaren Wohnraum bieten. Sollte von einer Wohnungsbaugesellschaft die Absicht verfolgt werden, Mietwohnungen herauszulösen und möglichst gewinnbringend in Eigentumswohnungen umzuwandeln, würde für WoGeV-geschützte Gemeinden eine Umwandlungsfrist von 10 Jahren nach Verkauf gelten. MieterInnen hätten dann im Bedarfsfall noch ausreichend lange den Schutz

durch bestehende Mietverträge.

**Niedrigere Kappungsgrenze für Mieterhöhungen auch für Neuried**

Zum Schutz der Mieter entschied sich der Gemeinderat im Mai 2013 einstimmig zusätzlich zu einem weiteren Schritt: Eine seit kurzem mögliche, niedrigere Kappungsgrenze soll auch für Neuried gelten. Als eine von der WoGeV betroffene Gemeinde darf auch in Neuried eine Miete innerhalb von drei Jahren um nicht mehr als 15% erhöht werden (bisher 20%). Dies auch, wenn die örtliche Vergleichsmiete einen höheren Mietzins zuließe.

Die Auswahlentscheidung für ein Gebiet mit gefährdeter Wohnraumversorgung trifft die Staatsregierung. Der gesamte Landkreis München muss als ein solches Mangelgebiet betrachtet werden. Es macht keinen Sinn, immer wieder einzelne Landkreisgemeinden davon auszunehmen. Die SPD Neuried hat ihre Vertreter im Kreistag bereits auf diese Ungleichheit hingewiesen.

Wir finden - dort wo Möglichkeiten zum Mieterschutz bestehen, müssen diese angewendet werden!

Der aktuellen Forderung von Peer Steinbrück nach einer gesetzlichen Beschränkung von Mieterhöhungen bei Wohnungswechsel schließt sich die SPD Neuried aus Überzeugung an: Auch in Ballungsgebieten darf bei Neuvermietungen die Miete auf höchstens 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete angehoben werden. Bislang gibt es keine Grenze nach oben.



Gertrud Reiter-Frick

**Physikalische Therapie Neuried**

- Massage
- Manuelle Therapie
- Bindegewebsmassage
- Moorpackung
- Manuelle Lymphdrainage
- Heiße Rolle
- Elektrotherapie
- Ultraschalltherapie

Auch Hausbesuche! Außerdem bieten wir Osteopathie und Behandlung nach Dorn an.

Hedwig Rotzinger • Gautinger Straße 1 • Tel. 75 79 72

## AUS DEM GEMEINDERAT

## Neue Mehrzweckhalle - 2015!

### Der Gewinner des Architektenwettbewerbs steht fest. Jetzt beginnt die Detailplanung.

Bauten der öffentlichen Hand brauchen viel Zeit, sehr viel Zeit. Warum? Der öffentliche Bauherr muß sich an strenge Regularien halten, um einen fairen Wettbewerb unter vielen Bewerbern zu gewährleisten.

Im Frühjahr 2012 fiel die Entscheidung eine neue Mehrzweckhalle zu bauen. Mit den zukünftigen Nutzern der neuen Halle - Schule, Vereine, Musikschule, Mittagsbetreuung etc. – wurde ein Raumprogramm erstellt, im Gemeinderat kritisch geprüft und genehmigt.

Jetzt galt es einen Architekten zu finden. Der private Bauherr sucht sich einen „passenden“ Architekten und die Planung kann beginnen. Der öffentliche Bauherr muß ein VOF-Verfahren (Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen) durchführen. Aufgrund des Bauvolumens für die neue Mehrzweckhalle mußte die Gemeinde Neuried mit Hilfe dieses Verfahrens den Architekten sogar europaweit suchen.

Dieses Verfahren begann im September 2012 mit der öffentlichen Bekanntmachung. Im Dezember 2012 wurde den aus einer Vielzahl von Bewerbern ausgelosten Wettbewerbsteilnehmern die Unterlagen, wie Raumprogramm, Situierung der neuen Halle usw., zur Verfügung gestellt. Bis Anfang März mussten die sich bewerbenden Architekten ihre Entwürfe einreichen.

Im März und April tagte mehrfach ein Preisgericht, bestehend aus Fachpreisrichtern (Architekten) und Sachpreisrichtern (Gemeinderätinnen und Gemeinderäten) und empfahl der Gemeinde aus der Vielzahl der Bewerber ein Architekturbüro aus Nürnberg. Dieses Büro hat nach Ansicht des Preisgerichtes aus den Vorgaben der Wett-

bewerbsaufgabe die beste Lösung erarbeitet.

Der Entwurf des Nürnberger Büros platziert die Halle wie bisher im Erdgeschoß, aber mit einer abgetrennten, um ein Meter erhöhten Bühne. Der Haupteingang erfolgt über die Aula der neuen Schule, so kann die Aula zukünftig als Foyer dienen. Im Untergeschoß sind die Räume für die gemeindliche, schulische und sonstige Nutzung sehr klug aufgeteilt und es wird erstmals ein barrierefreier Zugang zum Innenhof erschlossen.

Im Mai 2013 wurde der Auftrag an das Nürnberger Architekturbüro erteilt. Jetzt erst kann die eigentliche Planung für unsere neue Mehrzweckhalle beginnen. Ein langer unvermeidlicher Weg über Monate von September 2012 bis Mai 2013. Die Entwurfs- und Genehmigungsplanung wird bis Ende 2013 abgeschlossen sein. In diesen Planungsphasen wird die SPD darauf achten, daß für das neue Hallengebäude der wirtschaftlichste Energiestandard bei einer zugrunde gelegten Nutzungsdauer von 40 Jahren gewählt wird. Im Winter 2013/2014 können dann endlich die Bauleistungen ausgeschrieben und vergeben werden, d.h. im Frühjahr 2014 kann sodann durch den neuen Bürgermeister der erste Spatenstich erfolgen. Bei einer Bauzeit von ca. einem Jahr kann die neue Mehrzweckhalle zu Beginn des Schuljahres 2015/2016 in Betrieb genommen werden.

*Übrigens: Gehen Sie im September 2013 bitte zweimal zur Wahl und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bitte vergeuden Sie Ihre Stimme nicht, wählen Sie eine demokratische Partei, am besten die SPD.*

Gerd Richter



*Mit dem Neuerlass der Friedhofsbenutzungssatzung hat der Gemeinderat die Ausweisung von Baumgrabflächen auf dem neuen Friedhof Neuried für die Beisetzung von Urnen im Wurzelbereich beschlossen. Damit wurde eine Anregung der SPD aus dem Jahr 2009 umgesetzt, diese alternative Bestattungsform auch in Neuried zu ermöglichen. 5 bis 10 Urnen finden jeweils unter einem Apfelbaum Platz, eine Namenstafel wird auf einem Findling am Fuß des Baumes untergebracht. Außerdem wird es in Zukunft Urnengräber geben, die die Angehörigen mit Blumen und Kerzen gestalten dürfen, was bisher nicht erlaubt war. Ebenso ist künftig eine anonyme Urnenbeisetzung möglich.*

## In Zukunft mit Schulden leben

Der Neurieder Haushalt 2013 ist ausgeglichen und liegt bei einem Schuldenstand von ca. 20€/Einwohner weit unter dem Landesdurchschnitt in Bayern für vergleichbare Gemeinden. Die Gemeinde Neuried hat jahrelang gut mit den Einnahmen aus dem Grunderwerbsmodell gelebt. Leider sind diese Zeiten vorbei.

In der Zukunft wird die Gemeinde zur Erfüllung notwendiger Aufgaben Schulden machen müssen. Schon ein Teil der Gesamtkosten für die neue Mehrzweckhalle muss kreditfinanziert werden.

Die nächste große Aufgabe ist der Bau eines neuen Rathauses bzw. Verwaltungsgebäudes. Mit dem neuen Sportpark hat Neuried vielbeneidetes Bundesliga-Niveau zu bieten, unser altes Rathaus ist jedoch unterste Amateurliga. Hier muss etwas geschehen!

Der neue Gemeinderat, ab Mai 2014, ist daher nicht zu beneiden, der Gestaltungsspielraum wird sehr klein sein. Die Gemeinde Neuried verfügt seit Jahren über zu geringe Gewerbesteuererinnahmen. In den meisten anderen Gemeinden des Landkreises München sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer doppelt so hoch wie die Einnahmen aus der Einkommenssteuer. In Neuried ist das leider genau umgekehrt. Die SPD kritisiert diesen Zustand schon lange und fordert daher die Anstellung eines Wirtschaftsreferenten in der Verwaltung (siehe Wahlprogramm der SPD zur Kommunalwahl 2008). Bei der Lage Neurieds im Großraum München, bei der Anbindung, mit der vorhandenen Infrastruktur muss hier eine wesentliche Verbesserung möglich sein, d.h. die Ansiedlung von neuem Gewerbe bei gleichzeitiger Betreuung der ansässigen Gewerbetreibenden.

[weiter auf Seite 5](#)

**AUS DEM GEMEINDERAT**

*Fortsetzung von Seite 4*

Die Erfüllung der bevorstehenden Aufgaben wird den Schuldenstand der Gemeinde explodieren und weit, weit über dem Landesdurchschnitt liegen lassen.

Trotzdem sollte die Gemeinde Neuried diesen Weg gehen und noch in dieser Dekade die genannten Aufgaben umsetzen. Der Grund dafür ist die gesetzlich verankerte sogenannte „Schuldenbremse“. Ab 2020 ist eine Nettokreditaufnahme für Kommunen, gemäß der „Schuldenbremse“, verboten und macht damit den Neubau eines Rathauses fast unmöglich.

*Übrigens: Gehen Sie im September 2013 bitte zweimal zur Wahl und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bitte verweigern Sie Ihre Stimme nicht, wählen Sie eine demokratische Partei, am besten die SPD.*



*Gerd Richter, Fraktionsvorsitzender der SPD im Gemeinderat*

In den letzten Jahren kam die Gestaltung der Ortsmitte, gemeint ist hier der Abschnitt der Gautinger Straße zwischen der großen Kreuzung und dem Krailinger Weg, also die „gute Stube“ Neurieds, im Gemeinderat schlecht weg.

Zu Beginn dieses Jahrtausends hat die Gemeinde einen Gestaltungswettbewerb über die gesamte Länge der Gautinger Straße unter Beteiligung der Anlieger durchgeführt und einen Sieger gekürt. Seitdem ruht die Planung bzw. wurde immer wieder von der Gemeinderatsmehrheit wegen fehlender Finanzmittel, zuletzt wegen des Neubaus der Mehrzweckhalle zurückgestellt.

In den Haushaltsberatungen für 2013 wurden auf Antrag der SPD Planungsmittel für die „gute Stube“ im Haushalt eingestellt. Im April 2013 hat die SPD im Gemeinderat einen Antrag auf Wiederaufnahme zur Gestaltung der Ortsmitte eingereicht.

## Gestaltung der Ortsmitte

### Bürgermeisterin und Teile der CSU wollten Mittel für Gautinger Straße aus dem Haushalt streichen.

Derzeit und bis weit ins nächste Jahr laufen die Bauarbeiten am und im neuen Josef-Hunger-Weg. Um hier eine Ewigkeitsbaustelle zu vermeiden, plädiert die SPD dafür, die Arbeiten zur Gestaltung der Ortsmitte und am Josef-Hunger-Weg zu koordinieren und zeitlich abzustimmen.

Die Finanzmittel für die Planung sind im Haushalt 2013 eingestellt und gedeckt. Die Straßenbauarbeiten müssen

dann ebenso kreditfinanziert werden, wie es schon beim Bau der neuen Mehrzweckhalle notwendig ist. Wir halten diesen Weg für richtig, denn die verfügbaren Kassenmittel der Gemeinde Neuried werden auch in den nächsten Jahren sehr knapp sein (siehe hierzu auch „In Zukunft mit Schulden leben“). Die Gemeinde handelt hier wie ein Häuslebauer, auch der muss zumeist einen Kredit aufnehmen.

*Gerd Richter*



### Bürgerfreundlichere Eintragungszeiten bei zukünftigen Volksbegehren

Das Volksbegehren gegen die Studiengebühren im Januar war ein voller Erfolg. Über 20% der Neurieder Bürger haben sich im Rathaus eingetragen und damit mitgeholfen, die Studiengebühren abzuschaffen.

Der Forderung von SPD und Neurieder Grünen, den Bürgern über das gesetzlich vorgeschriebene Mindestmaß hinaus die Möglichkeit zu geben, sich in die Listen einzutragen, konnte oder wollte die Verwaltung nicht entsprechen. So gab es in der zweiten Woche des Volksbegehrens, in der erfahrungsgemäß die Beteiligung höher ist, in Neuried keine Chance mehr, nach Feierabend oder am Wochenende das Volksbegehren zu unterstützen.

Deshalb hat die SPD im Gemeinderat den Antrag gestellt, bei künftigen Volksbegehren zusätzlich zu den üblichen Öffnungszeiten an mindestens drei Abenden und beiden Samstagen die Eintragung zu ermöglichen.

Der Haupt-, Finanz- und Personalausschuss ist diesem Ansinnen gefolgt und hat beschlossen, künftig die Eintragungszeiten während eines Volksbegehrens an jedem Mittwoch bis 20.00 Uhr, an beiden Samstagen von 10.00 bis 12.00 Uhr sowie am letzten Eintragungstag bis 19.00 Uhr generell auszuweiten.

*Mechthild v. d. Mülbe*



**Eis ???  
natürlich im**

**Wir produzieren selbst:  
handwerklich,  
traditionell  
und lecker!**

**V o r O r t**  
Gautinger Str.3-  
82061 Neuried  
info@vorort-neuried.de  
www.VorOrt-Neuried.de

## AUS DEM GEMEINDERAT

## Verzicht auf Laubbläser

### Laubsauger und -bläser sind mehrfach schädlich: laut, schmutzig und unökologisch

Kaum schickt der Frühling die ersten Sonnenstrahlen oder fallen im Herbst die ersten Blätter, dröhnen an allen Ecken und Enden die Laubbläser. Diese Geräte erleichtern zwar einerseits die Arbeit vor allem bei großen Laubmengen, andererseits sind sie nicht nur eine Lärmbelästigung für alle Nachbarn, sondern auch ein gesundheitliches und ökologisches Problem.

Bis zu 115 dB(A) kann ein Laubbläser erzeugen, das entspricht der Lautstärke eines Presslufthammers. Die Verbrennungsmotoren verbrauchen zudem viel Energie und die entstehenden Abgase tragen zur Luftverschmutzung bei. Zudem wird die (Atem)Luft in der direkten Umgebung durch aufgewirbelte Bakterien (z.B. durch Hundekot), Pilzsporen sowie teilweise krebserregenden Feinstaub belastet. Wer einmal in der Nähe seine Wäsche auf dem Balkon hängen hatte, weiß ein Lied davon zu singen.

Doch nicht nur der Mensch, auch Bodenfauna und -flora leiden unter der allzu gründlichen Laubentfernung. Mit den Blättern werden Humusteile, Pflanzenreste und für die ökologische Funktion wichtige Kleintiere eingesaugt oder verblasen.

Deshalb muss nicht jedes heruntergefallene Blatt sofort entfernt werden. Unter Büsche

oder in Beete gekehrt, bietet es im Winter Kleintieren Schutz und im Frühjahr entsteht wertvoller Humus. Der Boden wird vor Austrocknung und Extremtemperaturen geschützt.

Vollends eine Katastrophe für das Ökosystem am Boden sind Laubsauger, denn hier wird nicht nur das Laub, sondern auch direkt am Boden lebende Kleintiere wie Spinnen, Insekten und Würmer bis hin zu kleinen Igel eingesaugt und gehäckselt. Anderen Kleintieren wiederum wird durch das Einsaugen der Nahrung und Deckung die Lebensgrundlage entzogen.

Aus diesen Gründen hat die SPD im Gemeinderat den Antrag gestellt, die Gemeinde selbst möge auf den Einsatz von Laubsaugern völlig verzichten. Laub soll, wo es aus Gründen der Verkehrssicherungspflicht nötig ist, vorzugsweise mit Rechen und Besen entfernt werden. Nur wo aus Gründen der Wirtschaftlichkeit auf den Einsatz von Laubbläsern nicht verzichtet werden kann, dürfen die Geräte so sparsam wie möglich ausschließlich zur Laubbeseitigung eingesetzt werden (und damit z.B. nicht für Streusplitt nach dem Winter).



Mechthild v. d. Mülbe,  
Gemeinderätin

## Vorschlag zur Ergänzung unseres Landschaftsschutzgebietes

Während der letzten Kulturtage im November 2012 wurde der SPD von einem Vertreter des Landesbundes für Vogelschutz eine Anregung zur Umgestaltung des Waldrandes am Forstenrieder Park zum Landschaftsschutzgebiet vorgestellt. Der Forstenrieder Park ist im Grenzbereich zum Landschaftsschutzgebiet sehr naturbelassen und hat eine Qualität, ein Aussehen und eine Artenvielfalt wie man sie z.B. im Nationalpark Bayerischer Wald vorfindet. Dankbar für das belassene Totholz sind u.a. Grün- und Schwarzspecht, die sich hier in den letzten Jahren angesiedelt haben.

Durch Verlegung des bestehenden Trampelpfades am Waldrand um ca. 20 Meter in das Landschaftsschutzgebiet

kann ein natürlicher Übergang geschaffen werden. Durch ein buchtenartiges Platzieren von Steinen, Sand und großen Steinen, von Baumstämmen und von Wurzeltellern in der dem Wald vorgelagerten Zone kann sich eine neue Artenvielfalt (z.B. Schmetterlings- und Amphibienarten) selbstständig entwickeln.

Die Anregung des Landesbundes für Vogelschutz haben wir an die Gemeindeverwaltung herangetragen. Wir glauben, dass hier mit wenig Geld bei Zustimmung der Grundstückseigentümer ein wertvolles Stück Natur entstehen könnte.



Gerd Richter,  
Gemeinderat,  
Bau- und  
Umweltausschuss

## Tempolimit in der Nacht auf der Staatsstraße

Ein dem Gemeinderat im Oktober 2011 vorgestelltes verkehrstechnisches Gutachten belegt, dass auf der ST 2344 im Ortsbereich, also auf der Forstenrieder und Planegger Straße, durch relativ einfache bauliche Maßnahmen eine gewisse Verkehrsberuhigung und damit verbunden auch eine Lärminderung möglich ist, ohne eine wesentliche Einschränkung des Verkehrsflusses.

Für die Umsetzung und Finanzierung der notwendigen Strassenbauarbeiten ist das Staatliche Bauamt Freising zuständig, als Eigentümer der ST 2344 auch im Ortsbereich. Die SPD hat jetzt in einem Antrag an die Bürgermeisterin und die Verwaltung angeregt, in die Gespräche mit dem Staatlichen Bauamt auch die Forderung

nach einem Tempolimit von 30 km/h in den Nachtstunden von 22.00 Uhr bis 6.00 Uhr mit einzubringen.

Wir glauben, dass durch einen teilweisen Rückbau der Forstenrieder Straße verbunden mit einem Tempolimit in den Nachtstunden eine spürbare Lärminderung erreicht werden kann und die Fahrt durch Neuried für den nächtlichen Schleichverkehr unattraktiver wird.

Übrigens: Gehen Sie im September 2013 bitte zweimal zur Wahl und machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bitte verweigern Sie Ihre Stimme nicht, wählen Sie eine demokratische Partei, am besten die SPD.

Gerd Richter

**Neueröffnung**

**Öffnungszeiten:**  
täglich 10 bis 21 Uhr

**Forstenrieder Str. 26**  
**82061 Neuried**

**Eisdiele**  
**Le Delizie**

**AUS DEM GEMEINDERAT**

## Ringschluss für Buslinie 261

**Alternativroute könnte Haltestelle am Maxhofweg ermöglichen und gleichzeitig die Attraktivität der Linie erhöhen.**

FDP und BIN stellten vergangenes Jahr im Bau- und Umweltausschuss den Antrag, am Maxhofweg eine Bushaltestelle einzurichten, um Kirchenzentrum, betreutes Wohnen und Jugendhaus besser anzuschließen. Eine einfache Verlängerung der Buslinie 261 wäre jedoch mit erheblichen Mehrkosten für die Gemeinde verbunden, da durch die längere Fahrzeit zusätzliches Personal eingesetzt werden müsste. Deshalb stand der Antrag vor der endgültigen Ablehnung.

Die SPD reichte jedoch in der entscheidenden Sitzung einen

völlig neuen Vorschlag ein, der aus unserer Sicht nicht nur die Errichtung der Haltestelle ermöglichen, sondern auch eine erhebliche Verbesserung für alle Fahrgäste mit sich bringen würde. Bei dieser Variante würde der Bus vom Maxhofweg direkt zurück nach Fürstenried West fahren und dadurch eine Ringlinie entstehen. Der zweite Bus könnte dann gegenläufig fahren, so dass sich die Fahrzeiten nach Fürstenried für die Haltestellen ab Mangfallstraße verkürzen würden.

Für die Haltestellen im mittleren Bereich, bei denen man in beiden Richtungen zusteigen

könnte, würde sich dabei die Taktfrequenz erhöhen. Selbst wenn durch die Verlängerung der einfachen Fahrzeit die Taktfrequenz auf 30 Minuten verringert werden müsste, würden fast alle Fahrgäste mit dem Ziel Fürstenried davon profitieren, da in beiden Fahrtrichtungen zugestiegen werden kann.

Mittlerweile ist die Überprüfung des SPD-Antrags durch den MVV erfolgt. Leider steht der MVV unserem Vorschlag ablehnend gegenüber, hauptsächlich wegen prinzipieller Vorbehalte gegenüber Ring-

linien. Außerdem müssten die Standzeiten des Busses an die Endhaltestelle nach Fürstenried verlegt werden, wo aus Sicht des MVV nicht ausreichend Platz dafür ist.

Die SPD wird sich jedoch weiter für diese oder eine adäquate Lösung einsetzen, da wir davon überzeugt sind, dass die Vorteile überwiegen und die Schwierigkeiten mit gutem Willen zu lösen sind.



Mechthild von der Mülbe

**STANDPUNKT**

**Eindrücke einer neuen Gemeinderätin**

Voller Tatendrang durfte ich am 31. Juli 2012 für Ralph Geipel in den Gemeinderat nachdrücken. Umso erstaunter war ich, dass die erste Sitzung an der ich teilnehmen durfte erst fast drei Monate später war und nur 20 Minuten dauerte. Die nächste Sitzung war im März 2013, also fast ein halbes Jahr später! Das liegt daran, dass die Hauptarbeit in den Ausschüssen geleistet wurde, wurde mir gesagt. Doch auch diese waren nicht so oft gefragt, lediglich der Bauausschuss hatte gut zu tun.

Jetzt frage ich mich natürlich, liegt es daran, dass in unserer Gemeinde außer der neuen Mehrzweckhalle einfach keine Themen mehr abseits der Verwaltungsroutine gibt oder liegt es etwa daran, dass die Bürgermeisterin nur das in den Gemeinderat bringt, was sich nicht vermeiden lässt und ihr ansonsten eine demokratische Auseinandersetzung mit ihrer Arbeit nicht so wichtig ist?

Mechthild v. d. Mülbe

**DER MITSUBISHI SPACE STAR.**

**RAUM FÜR MEHR.**

SPACE STAR  
1.0\*

**8.990 €**

**LASSEN SIE SICH EINFACH ÜBERRASCHEN!**

Hohe Effizienz dank moderner Motoren. Bestwerte beim Verbrauch. Kleiner Wendekreis. Großer Innenraum. Hohe aktive und passive Sicherheit mit 6 Airbags, Sicherheits-Fahrgastzelle (RISE) und elektronischer Stabilitäts- und Traktionskontrolle (MASC/MATC). Testen Sie den Space Star jetzt!

**MITSUBISHI  
MOTORS**  
Drive@earth

**PROBEFAHRT UND IHR ANGEBOT BEI:**

**Autohaus Neuried GmbH**, Forstenrieder Str. 17,  
82061 Neuried, Telefon 089/7450880, Fax 089/74508821,  
ahneuried@aol.com, www.autohausneuried.de

\* Messverfahren (RL 715 / 2007 EG): Space Star 1.0  
(l/100 km) innerorts 5,0 / außerorts 3,6 / kombiniert  
4,2 / CO<sub>2</sub>-Emission kombiniert 96 g/km /  
Effizienzklasse B. Abbildung zeigt zusätzliches Zubehör.

**Werbung - nein danke?**

An vielen Briefkästen sind Aufkleber zu finden wie „Werbung nein danke“, „keine Werbung, aber ja Sendlinger Anzeiger“, „keine Anzeigenblätter“ usw. Werbung ist sicher nicht jedermanns Sache. Ich schaue Prospekte in der Regel kurz durch, manchmal ist ja eine brauchbare Information dabei. Und dann ab in den Papiercontainer.

Manchmal ist aber schwierig zu definieren, was ist Werbung und was fällt unter Information. Örtliche Parteien und Vereine erstellen Zeitungen, Info-Blätter und Veranstaltungshinweise, um so über das Geschehen vor Ort zu informieren.

Jetzt stehen Wahlen vor der Tür: Am 15. Sept. 2013 ist Landtagswahl, am 22. Sept. 2013 Bundestagswahl. Parteien nehmen das zum Anlass, verstärkt ihre Programme und ihre politischen Ziele vorzustellen. Dazu werden Plakate, Broschüren und Flyer erstellt - und die sollen natürlich unters Volk gebracht - also in die Briefkästen verteilt werden. Ist das Werbung oder notwendige Information? Für mich ist das eindeutig Information. Wie sehen Sie das?

Inge Paulus

## BUNDESTAGSWAHL AM 22. SEPTEMBER 2013



Foto: Frank Ossenbrink

Liebe Leserin, lieber Leser,

das Jahr 2013 ist für uns alle ein ganz Besonderes: Es ist ein Jahr des Wechsels und des Aufbruchs. Im Bund wie auch in Bayern ist es an der Zeit, das schwarz-gelbe Auslaufmodell der sozialen Verantwortungslosigkeit durch eine zukunftsweisende, rot-grüne Politik der Gerechtigkeit, Teilhabe und gesellschaftlichen Solidarität zu ersetzen.

Aus diesem Grund habe ich mich dazu entschieden, als **Bundestags-Direktkandidatin der SPD** selbst Verantwortung zu übernehmen und diesen Politikwechsel aktiv mitzuge-

stalten. Der Wahlkreis München-Land und Gauting liegt mir persönlich sehr am Herzen, da ich hier aufgewachsen bin und auch mein politisches Engagement hier begonnen hat.

Ich bin am 30. September 1990 geboren und in Planegg im Südwesten des Landkreises aufgewachsen. Bereits während meiner Schulzeit habe ich ein reges Interesse an politischen Themen entwickelt und wollte mich aktiv in die Gestaltung unserer Gesellschaft einbringen. Ich engagierte mich in der Politik-AG des Gymnasiums und beschloss im Jahr 2007, in die SPD einzutreten. Herausragen-

de Leistungen wie die Friedenspolitik Willy Brandts haben mein politisches Denken sehr geprägt und mir gezeigt, dass sich Engagement für eine Vision durchaus lohnt.

Nach meinem Abitur im Jahr 2010 habe ich ein Jura-Studium an der LMU München aufgenommen. Meine Schwerpunkte liegen hier bei europäischem und internationalem öffentlichem Recht. In den vergangenen Jahren habe ich mit großer Begeisterung den Juso-Unterbezirk München-Land zu neuem Leben erweckt und konnte auch mein Engagement in der SPD als stellvertretende Vorsitzende der SPD München-Land sowie meines Ortsvereins Planegg ausbauen. Als Delegierte für Landes- und Bezirksparteitage hatte ich die Möglichkeit, die Politik der Bayern-SPD aktiv mitzugestalten.

Die Schwerpunkte meiner politischen Arbeit bilden die Felder Außen- und Friedenspolitik und die Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Meine Generation junger EuropäerInnen musste nun schon mehrere Wirtschaft-, Finanz- und Währungskrisen miterleben, wes-

halb auch Themen wie Verteilungsgerechtigkeit und soziale Sicherheit für mich eine wichtige Rolle spielen.

In meiner Freizeit treibe ich gerne Sport, insbesondere Bergsport, Reiten und Fitness. Darüber hinaus beschäftige ich mich mit Kunst und Malerei. Ich habe über zehn Jahre lang die Kunstschule des St. Petersburgers Künstlers Mikhail Tschernjajvskij besucht, regelmäßig Ausstellungen durchgeführt und male bis heute.

Ich hoffe, dass ich Ihnen einen Eindruck von meiner Person und meinen politischen Vorstellungen vermitteln konnte. Ich freue mich auf den gemeinsamen Wahlkampf 2013 und bedanke mich im Voraus für Ihr Vertrauen und die Unterstützung meiner Kandidatur.



Herzlichst,

Ihre

**Bela Bach**

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage [www.bela-bach.de](http://www.bela-bach.de)

### Generation Praktikum?

von Bela Bach

In den letzten Jahren haben sich die Beschäftigungsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt für viele Menschen verschlechtert. Dies trifft nahezu alle ArbeitnehmerInnen, wenn es um Befristungen, die generelle Lohnentwicklung sowie Leih- und Zeitarbeit geht. Ein Stichwort unter vielen ist dabei die „Generation Praktikum“.

Zahlreiche junge Menschen machen Praktika, was an sich eine wünschenswerte Form der praktischen Ausbildung ist. Die Unternehmen gewinnen eine zusätzliche Arbeitskraft und

können diese bei Erfolg übernehmen. Die PraktikantInnen erwerben direkt im Betrieb Kenntnisse und erlernen Abläufe, die ihnen im weiteren Berufsleben helfen werden.

Die Motivation ein Praktikum aufzunehmen, ist aber unterschiedlich. Teilweise dient ein Praktikum Überbrückungs- und Ausbildungszwecken, teilweise wird es aber auch erst nach Beendigung eines Studiums oder der Ausbildung absolviert. Dies geschieht meist dann, wenn junge Menschen auf Antrieb keine reguläre Beschäftigung finden.

Oftmals hoffen PraktikantInnen auf eine Übernahme nach Be-

endigung des Praktikums. Laut einer Studie der Gewerkschaftsjugend erhalten aber nur ca. 22% der PraktikantInnen am Ende tatsächlich auch ein Übernahmeangebot. Gleichzeitig sind aber 40% aller Praktika nach Schulabschluss, also dem Erwerb eines qualifizierenden Bildungstitels, unbezahlt. Zudem erhalten viele PraktikantInnen nach Abschluss des Praktikums kein Zeugnis oder nur eine kurze Bestätigung ohne konkrete Nachweise. Häufig bleibt es aufgrund der angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht nur bei einem Praktikum. Teilweise werden so viele Praktika hintereinander absolviert, bis sich eine feste Beschäftigung findet.

Dieser Entwicklung muss entgegengetreten werden. Die SPD hat hierzu einige Forderungen in ihr Regierungsprogramm aufgenommen. Ein erster Ansatz ist die Bezahlung von Pflichtpraktika. Außerdem müssen Praktika grundsätzlich reguliert werden. Dies kann z.B. durch eine gesetzliche Festbeschreibung als Ausbildungs- und Lernverhältnis geschehen, was den Anspruch auf einen Vertrag garantieren soll. Dann können konkrete Lerninhalte vereinbart und nachgewiesen werden. Darüber hinaus sollte die Ausstellung eines Zeugnisses festgeschrieben werden und Praktika, die nicht Teil der Berufsausbildung sind, sollen grundsätzlich auf drei Monate begrenzt werden.

**LANDTAGSWAHL AM 15. SEPTEMBER 2013**

**Politik ist die Kunst des Möglichen**

98 Prozent der Delegierten in der SPD München Land stimmten am 24. Januar 2013 für sie: **Natascha Kohnen** wurde im Wappensaal des Hofbräuhauses München zur neuen Vorsitzenden gekürt.

Sie stellte sogleich den Schwerpunkt ihrer Agenda für das Jahr 2013 vor: die soziale Sicherung. Im Februar und März dieses Jahres behandelte die SPD im Landkreis bereits die Themen Asylpolitik und Gute Arbeit auf zwei Parteitag.

Wer das oberste Verfassungsgebot der Menschenwürde in der Politik verwirklichen will,

müsse bestehende Probleme beim Namen nennen, ist **Natascha Kohnen** überzeugt. Im Schulterschluss mit den Kommunalpolitikerinnen und -politikern im Landkreis, will sie die soziale Dimension in den Fokus rücken.

Ein Top-Thema ist für **Natascha Kohnen** die Vereinbarkeit von beruflicher Tätigkeit mit einem normalen Familienleben. 1999 zog die Diplom-Biologin mit ihrer eigenen Familie nach Neubiberg in den Landkreis München und wurde selber mit der Problematik konfrontiert. Als sie sich in der Gemeinde nach Kinderbetreuung erkundigte, musste sie sich anhören, diese sei nicht nötig. Denn: „die

Frauen wollen doch eh nur shoppen gehen“. Die SPD hatte bald darauf ein neues Mitglied und Natascha wurde in der Folgezeit Gemeinderätin und auch Ortsvereinsvorsitzende.

Im Herbst 2008 zog sie für die SPD-Fraktion in den Bayerischen Landtag ein und wurde forschungspolitische Sprecherin. Im Juli 2009 kürten die Delegierten der BayernSPD sie mit dem Spitzen-Ergebnis von 93,6 Prozent der Stimmen zur Generalsekretärin der Partei. Sachlich, mit dem Anspruch einer Naturwissenschaftlerin: Politik ist nur dann gut, wenn sie seriös betrieben wird und immer auch die Kunst des Möglichen. **Natascha Kohnen**

bringt einen neuen Politikstil in die BayernSPD - und die Partei hat sich bewusst darauf eingelassen. Im Zeitalter der Mediengesellschaft, in der die Menschen Politik oftmals als „Show“ empfinden, ein Stil der sich abhebt.



**Wirtschaft ist mehr!**

**Auf Einladung der SPD Landtagsabgeordneten Natascha Kohnen hielt der Wirtschaftsberater Professor Werner Widuckel in Planegg ein Plädoyer für Bayern im Gleichgewicht.**

Der Freistaat werbe mit einem angeblich schuldenfreien Bayern und verpasse dabei, die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft nach der Wirtschaftskrise in Europa zu setzen: der ehemalige Personalvorstand der Audi-AG Prof. Werner Widuckel ist wirtschaftspolitischer Berater von Christian Ude. Er stellte auf Einladung der Landtagsabgeordneten Natascha Kohnen in Planegg Schwerpunkte aus dem Wirtschaftsprogramm der SPD in Bayern vor.

Als Ausgangspunkt für den Vortrag wählte er die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa. „Wir brauchen nicht nur den ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus), sondern ein Strukturprojekt“, so Widuckel. Die Kernfrage für eine erfolgreiche Zukunft in Bayern sei, wie die Weichen für den Ausgang aus der Krise auf wirtschaftspolitischer Ebene zu stellen seien. Nötig sei zunächst ein „Kassensturz“ im Freistaat: „welche Defizite haben wir in der wirtschaftlichen Infrastruk-



*Prof. Werner Widuckel mit Planeggs 1. Bürgermeisterin Annemarie Detsch, Bundestagskandidatin Bela Bach und der Landtagsabgeordneten Natascha Kohnen.*

turen und wo stehen dringende Investitionen an?“ stellte Widuckel als Frage vorab.

Fünzig Prozent der Staatsstraßen seien sanierungsbedürftig und viele ländliche Regionen seien durch den stotternden Breitbandausbau benachteiligt, führte Widuckel zwei Beispiele an. In diesem Zusammenhang müsse dringend „das Bürokratiemonster“ Breitbandausbau angepackt werden: die Beantra-

gung alleine sei 16 Seiten lang. Das anwesende Publikum in Planegg bestätigte das Problem auch vor Ort. Nur mit einer entsprechenden Infrastruktur in ländlichen Regionen könne vermieden werden, dass kleine und mittlere Unternehmen vom Wachstum abgekoppelt werden, mahnte Widuckel.

Werner Widuckel forderte gezielte Investitionen in Zukunftsindustrien und die Fokussierung

auf Wachstumsfelder. Hier müssten auch neue Forschungsbereiche etabliert werden und die Grundlagenforschung wieder gestärkt werden. Als Beispiel nannte er die Elektroindustrie. Die Investitionen in Technologien hätten unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeitsplätze der Zukunft, die ein immer höheres Qualifikationsniveau erforderten.

In der anschließenden Diskussion mit dem Publikum wurden auch zahlreiche Fragen zur Energiewende gestellt. Als Beispiel für zentrale Probleme, die die Energiewende bremsen, hob Widuckel das Problem des mangelnden Netzausbaus hervor. „Ich unterstütze die Idee der Bundes-SPD, für den Netzausbau eine Deutsche Netz-Gesellschaft der öffentlichen Hand zu gründen“ so Widuckel.

Die angeregte Diskussion mit dem Planegger Publikum bewies, dass das Thema Wirtschaftspolitik in den vielen Facetten den Bürgerinnen und Bürgern auf den Nägeln brennt.

## Behindertenbeirat des Landkreises gegründet

Die demographische Entwicklung zu immer mehr älteren Menschen und damit immer mehr Personen mit Behinderung schlug sich seit Jahren in mehreren Gesetzen nieder. Zum 15.11.1994 wurde das Grundgesetz um die Bestimmung ergänzt, dass niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf. 2002 erließ



der Bund das Behindertengleichstellungsgesetz. Aus dem Jahre 2003 stammt das Bayerische Behindertengleichstellungsgesetz. Der Kerngedanke war jeweils das Ziel, Menschen mit Behinderung ein soweit als möglich gleichberechtigtes, selbständiges Leben zu ermöglichen. Trotz dieser Gesetze ist zur geforderten Gleichstellung noch ein langer Weg.

In Deutschland leben ca. 8,7 Millionen Menschen mit einer Behinderung, 7,1 Millionen davon sind mit einem GdB (Grad der Behinderung) von über 50% schwerbehindert. Im Landkreis

München, der sich um fast ganz München rankt, leben 30.860 Menschen mit einer Behinderung, das sind 9,41%. Davon sind 24.588 mit einem GdB von über 50% von einer Schwerbehinderung betroffen. 9.133 Personen sind gehbehindert, 105 Rollstuhlfahrer, 284 blind und 162 gehörlos. Diese Zahlen enthalten alle Personen mit einem amtlichen Behindertenausweis.

Dem Behindertenbeirat des Landkreises München gehören Vertreter der 29 Gemeinden und Städte des Landkreises sowie Vertreter des Kreistages an. Nach der konstituierenden Sitzung vom 27.7.12 wurden in der zweiten Sitzung am 25.2.13 die Facharbeitskreise „barrierefreie Bildung, Kultur und Freizeit“, „barrierefreie Gesundheitsversorgung“ und „barrierefreier öffentlicher Raum“ gebildet. Deren Arbeit wird zu neuen Anschauungen und Lösungen führen, die unsere gestaltete Umwelt barrierefreier macht.

Es bleibt zu hoffen, dass der Behindertenbeirat bei allen Ansprechpartnern die notwendige Unterstützung findet und zum Nutzen der Menschen mit Behinderung erfolgreich ist! Nicht nur den Menschen mit Behinderung, sondern allen Einwohnern unseres Landkreises wäre damit gedient.

*Autor Werner Graßl ist Mitglied im Behindertenbeirat des Landkreises München*

Die **SPD Neuried** lädt ein:

**Afghanistan - Einsatz im verlorenen Land. Ein Reisebericht von Prof. Peter-Paul Gantzer**

**15.07.2013 um 19.30 Uhr**

im Sitzungssaal,  
Haderner Weg 5



## Schreibwaren und Bürobedarf Stücken



- ✓ Bürobedarf
- ✓ Schreibwaren
- ✓ Lotto - Toto
- ✓ Tabak
- ✓ Zeitschriften
- ✓ MVV Tickets/Zeitkarten
- ✓ Fotokopien
- ✓ Soda Club
- ✓ Stempel
- ✓ Reinigung
- ✓ Hermes Versand
- ✓ Schuhreparatur

**NEU:** Farbkopien  
Bindungen  
Digitaldruck

Unsere Geschäftszeiten:  
Mo, Mi, Do: 7.00-12.30 Uhr und  
14.30-18.00 Uhr  
Di u. Sa: 7.00-12.30 Uhr  
Fr: 7.00-18.00 Uhr

Gautinger Straße 2 - 82061 Neuried  
Tel.: 089 7591903

### TIPP:

Der Behindertenbeirat der Stadt München hat eine Broschüre entwickelt "Barrierefrei durch München - ein Wegweiser für Touristen und Einheimische", in der - wie der Name schon sagt - nicht nur für Touristen, sondern auch für die Bewohner des Landkreises wertvolle Informationen zusammengetragen sind. Zu dieser Broschüre hat der Neurieder Bürger Werner Graßl maßgeblich beigetragen.

Die gedruckte Publikation ist erhältlich in den Tourismus-Informationen im Rathaus und am Hauptbahnhof.

Download unter  
<http://www.behindertenbeirat-muenchen.de>

Den Link zur Broschüre finden Sie auch auf der Internetseite der Gemeinde Neuried [www.neuried.de](http://www.neuried.de) unter **Familie & Soziales -> Gesundheit und Soziales -> Soziale Dienste** am Ende der Seite.

### Impressum:

Neurieder Specht  
35. Jahrgang, Juli 2013

Herausgeber:  
SPD-Ortsverein Neuried

Internet: [www.spd-neuried.de](http://www.spd-neuried.de)  
E-mail: [specht@spd-neuried.de](mailto:specht@spd-neuried.de)



Redaktion:  
Mechthild v. d. Mülbe  
Helga Handlos  
Gertrud Reiter-Frick  
Cornelia Saumweber  
Inge Paulus

Layout & Computertechnik:  
Mechthild v. d. Mülbe

Anzeigen:  
Helga Handlos, Tel.: 80 91 50 62

Druck  
Fibo Druck, Neuried

Auflage: 4.200

Alle Artikel, Fotos, Zeichnungen und Anzeigen unterliegen dem Urheberschutz (Copyright). Nachdruck nur mit Zustimmung gestattet.

Alle namentlich gekennzeichneten Artikel erscheinen in eigener Verantwortung der Verfasser